

Z02 Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar, nachhaltig und vielfältig

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 11.04.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Zuhause von 18 Millionen

Antragstext

Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar, nachhaltig und vielfältig

Wohnen darf kein Luxus sein, weder in der Stadt noch auf dem Land. Während in Ballungsräumen die Mieten explodieren, verfallen anderswo sanierungsbedürftige Immobilien. In Innenstädten wird Wohnraum immer knapper und gleichzeitig stehen Büroflächen leer. Es entstehen weiterhin Luxuswohnungen für wenige, während bezahlbarer Wohnraum für die Mehrheit fehlt. Ein Wohnungsmarkt, der systematisch am Bedarf der Menschen vorbeiplant, ist ein Markt, der versagt. Und es wird zu wenig gebaut. Bauen ist zu teuer geworden. Das Ergebnis: Es fehlen dringend benötigte Wohnungen und die wenigen verfügbaren Wohnungen in Stadtnähe sind kaum bezahlbar.

Wir GRÜNE NRW stehen für eine Wohnungs- und Baupolitik, die langfristig soziale Sicherheit bietet, den Zusammenhalt stärkt und dabei unsere natürlichen Ressourcen schont. Passgenaue Lösungen sollen den vielfältigen Wohnbedürfnissen gerecht werden, vom Singlehaushalt über Alleinerziehende und junge Familien bis hin zu älteren Menschen.

Wir überlassen den Wohnungsmarkt nicht länger Spekulant*innen, sondern sorgen dafür, dass Wohnraum dort entsteht und erhalten bleibt, wo und wie die Menschen ihn brauchen – bezahlbar, nachhaltig und vielfältig.

Wir ergänzen die klugen und lokal zugeschnittenen Ansätze unserer Kommunen um Maßnahmen in Land und Bund. Einen wichtigen Hebel sehen wir in der Baupolitik.

Bezahlbares Wohnen & Bauen

Bezahlbares Wohnen ist längst zur sozialen Frage unserer Zeit geworden. In vielen Großstädten verschlingt die Miete einen immer größeren Teil des Einkommens. Viele Menschen haben nach der Miete kaum noch Geld übrig für Lebensmittel, Kleidung, Bildung und Freizeitaktivitäten. Das hat gravierenden Folgen für das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen, den sozialen Zusammenhalt und individuelle Lebensplanung. Während immer weniger Menschen eine bezahlbare Wohnung finden, wird Wohnraum oft zum Spielball renditegetriebener Interessen. Wir GRÜNE NRW stellen uns dem entschieden entgegen: Wohnen ist kein Spekulationsobjekt, sondern die Grundlage für Teilhabe, Sicherheit und ein gutes Leben. Unser Ziel ist eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, die Menschen entlastet und die Kommunen in ihrem Handeln und das Vertrauen in einen funktionierenden Staat stärkt.

Kommunale Wohnungsbauunternehmen sind für uns die zentralen Akteure unserer Wohnungspolitik. Sie garantieren nicht nur, dass günstiger Wohnraum entsteht,

37 sondern dieser Wohnraum auch günstig bleibt. Wo wir es nur können, wollen und
38 werden wir sie stärken, damit sie ihre Aufgabe erfüllen und ausbauen können.

39 Unser Plan für bezahlbares Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 40 • kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaftsmodelle und
41 gemeinwohlorientierte Eigentumsformen stärken - Förder- und
42 Beratungsstrukturen hierfür ausbauen
- 43 • mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende, Alleinerziehende, Studierende
44 und junge Berufstätige schaffen
- 45 • aktive kommunale Bodenpolitik mit kommunalen Vorkaufsrechten auch bei
46 Share Deals und Erbpachtmodellen
- 47 • Übernachtungsplattformen wie AirBnB in angespannten Wohnungsmärkten
48 begrenzen
- 49 • Schrottimmobilien-Missbrauchsbekämpfungsgesetz durchsetzen: gegen
50 missbräuchliche Ersteigerungen von Schrottimmobilien und deren Vermietung
51 angehen
- 52 • Problem- und Schrottimmobilien mithilfe von Förderprogrammen wieder dem
53 Markt zuführen
- 54 • Vorrang für Verdichtung und Aufstockung von Gebäuden statt bauen in
55 ökologisch wertvollen Gebieten

56 Mieter*innen vor Preissteigerungen schützen

57 Für NRW hat die schwarz-grüne Landesregierung zum 1. März 2025 die
58 Mieterschutzverordnung NRW erweitert und verlängert. In nun 57 Kommunen sind
59 Mieter*innen vor unverhältnismäßigen Preissteigerungen bei Neuvermietungen und
60 im Bestand geschützt. Außerdem ist die Kündigungssperre bei der Anmeldung von
61 Eigenbedarf von 5 auf 8 Jahre erhöht worden. Das sorgt dafür, dass Wohnen
62 bezahlbar bleibt und gibt Mieter*innen Sicherheit. Das ist ein überfälliger
63 Schritt, aber er allein reicht noch nicht aus: Mieter*innen brauchen endlich
64 echten Schutz vor Preisdruck und Verdrängung. Wir setzen uns außerdem auf
65 Bundesebene dafür ein, dass die Mietpreisbremse über 2025 hinaus gilt, denn nur
66 dann kann auch die Mieterschutzverordnung weitergeführt werden.

67 Wohnraumstärkungsgesetz verbessern

68 Das aktuelle Wohnraumstärkungsgesetz sorgt schon jetzt dafür, dass Gemeinden
69 über die kommunalen Wohnungsämter eingreifen können, wenn Wohnimmobilien
70 vernachlässigt oder zweckentfremdet werden. Das Gesetz kann aber noch optimiert
71 werden, u.a. indem die Frist für Kurzzeitvermietungen weiter reduziert wird und
72 Übernachtungsplattformen weiter begrenzt werden.

73 Mehr Wohnungen für NRW

74 NRW lässt die Kommunen nicht allein mit der Aufgabe, in sozialen Wohnungsbau und
75 Bestandsumbau zu investieren. Bestandsimmobilien auszubauen und zu modernisieren
76 ist in vielen Fällen deutlich günstiger als neu zu bauen. Die schwarz-grüne
77 Landesregierung hat die Mittel für das Wohnraumförderprogramm in den letzten
78 Jahren weiter aufgestockt: Bis 2027 stellt sie 10,5 Milliarden Euro u.a. für den
79 Erwerb oder Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen bereit. Damit steigt der Anreiz
80 für Investoren, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Über die Wohnraumförderung
81 wird auch die Modernisierung und energetische Sanierung von Bestandsimmobilien
82 gefördert. So investiert die schwarz-grüne Landesregierung aktiv in den
83 Klimaschutz im Wohnungsmarkt.

84 Umbauen erleichtern

85 Durch die Änderung der Landesbauordnung NRW wurden für den Umbau von
86 Wohnimmobilien bereits mehr Spielräume geschaffen, beispielsweise Dachausbauten
87 vereinfacht. Das Ziel muss sein, noch mehr Nachverdichtung im Bestand zu
88 erreichen. Mit der Nachverdichtung schaffen wir einfacher und günstiger
89 zusätzlichen Wohnraum. Dabei wird keine Fläche neu versiegelt und die vorhandene
90 Infrastruktur kann mitgenutzt werden. Wir sprechen uns daher für eine
91 "Oldtimerregelung" aus, die es ermöglicht, Bestandsgebäude auszubauen, ohne alle
92 neuen Standards erfüllen zu müssen.

93 Wir wollen auch den Denkmalschutz in unsere Überlegungen einschließen, damit er
94 sinnvolle Vorhaben, wie z.B. Dachausbauten, nicht grundsätzlich verhindert.

95 Bauherr*innen entlasten und Auflagen reduzieren

96 Viele Baustandards sind mit enormen Anforderungen an Bauherr*innen, langen
97 Bauzeiten und hohen Baukosten verbunden. Sie wären laut Expert*innen aber
98 ökologisch, ökonomisch und bautechnisch teilweise verzichtbar. Zum Beispiel sind
99 Stahlbetondecken im Neubau 18 Zentimeter stark. Die Stärke der Decke kann aber
100 um vier Zentimeter reduziert werden, ohne den erforderlichen Mindestschallschutz
101 zu verletzen. Der Materialeinsatz und die Kosten würden zudem deutlich sinken.

102 Hier müssen wir pragmatischer und effizienter werden. Die letzte Bundesregierung
103 ist mit dem Vorschlag für den neuen Gebäudetyp E einen ersten Schritt gegangen.
104 Mit dieser Bauweise können Projektierer*innen schneller und günstiger bauen,
105 indem sie auf unnötige Standards und Vorgaben rechtssicher verzichten können,
106 ohne dass Sicherheits- oder Qualitätsstandards beeinträchtigt werden. Das
107 einfache Bauen mit Gebäudetyp E könnte auch in NRW einen Beitrag für mehr
108 bezahlbare Wohnungen leisten. Um schnell und kostengünstig bezahlbaren Wohnraum
109 zu schaffen, unterstützen wir seriell und modulares Bauen. Durch die
110 Vorfertigung von Bauteilen wird Zeit, Geld und Arbeitskraft eingespart, ohne auf
111 ökologische Standards zu verzichten.

112 Entbürokratisierung und Digitalisierung bei Bauverfahren

113 Dort wo möglich, setzen wir uns für Vereinfachungen und Entbürokratisierung in
114 der Bauordnung ein, um Verfahren zu beschleunigen und Bürger*innen sowie

115 Personal in der Bauverwaltung zu entlasten. Mit einer vollständigen und
116 flächendeckenden Digitalisierung der Bauleitplanverfahren können zudem
117 Planungszeiten und somit Kosten reduziert werden. Das Bauportal NRW muss
118 weiterentwickelt werden, um allen Kommunen auf diesem Weg die digitale
119 Baugenehmigung zu ermöglichen. Ziel ist die Chancen der Digitalisierung zu
120 nutzen, sodass Verwaltung und Bauherr*innen effizienter und kostengünstiger
121 bauen können. Jeden Cent, den Bauherr*innen beim Planen und Bauen sparen, müssen
122 sie nicht auf Miet- oder Kaufpreise umlegen.

123 Soziales Wohnen & Bauen

124 Wohnen ist vielfältig und das muss sich in unserer Politik widerspiegeln. Wir
125 wollen generationengerechte Quartiere, in denen junge Familien, genau wie
126 Alleinerziehende oder ältere Menschen, passende Wohnformen finden. Durch
127 veränderte Sozialstrukturen in unserer Gesellschaft werden zunehmend kleinere
128 Wohnungen benötigt, denn in über 40% aller Haushalte wohnt nur noch eine Person.
129 Gleichzeitig sind für größere Familien kaum bezahlbare Wohnungen in
130 ausreichender Größe zu finden. Barrierefreiheit, gemeinschaftliches Wohnen und
131 soziale Infrastruktur sind entscheidend, um lebendige Nachbarschaften zu
132 erhalten – in Stadt und Land gleichermaßen. Die Preisbindung vieler sozialer
133 Wohnungen läuft in den kommenden Jahren aus. Als Folge wird sich die Situation
134 am Wohnungsmarkt weiter verschärfen. Wir machen deshalb jetzt Vorschläge, um
135 dieser Problemlage zuvorzukommen.

136 Unser Plan für soziales Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 137 • Sozialwohnungen erhalten und ausbauen
- 138 • Kommunen sollen eigene Wohnungen über kommunale Wohnungsvereinigungen
139 bewirtschaften
- 140 • barrierefreies und barrierearmes Wohnen fördern
- 141 • mit Housing First Projekten Wohnungs- und Obdachlosigkeit beenden
- 142 • spezielle betreute Wohnangebote (z. B. für Pflegebedürftige oder kognitiv
143 oder körperlich Beeinträchtigte) erweitern
- 144 • Ankauf von Belegungsrechten weiter ausbauen

145 Ein Zuhause in NRW für alle

146 Wohnen ist ein Grundrecht. Damit sich das auch rechtlich widerspiegelt, planen
147 wir in NRW das Recht auf Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen.

148 Wir bekräftigen die Forderungen aus unserem Parteitagebeschluss "Wohnraum für
149 alle" vom Juni 2024: Wir wollen Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden.
150 Wohnungspolitische und strukturelle Maßnahmen ergänzen wir um Prävention,
151 passende Hilfesysteme und gesundheitspolitische Maßnahmen, insbesondere die
152 Umsetzung von Housing First Konzepten. Wir begrüßen daher, dass die
153 Landesinitiative "Endlich ein ZUHAUSE!" zuletzt von der schwarz-grünen
154 Landesregierung bis 2027 verlängert wurde. Sie stellt den Kommunen über 15

155 Millionen Euro zur Verfügung, um Projekte für obdachlose, wohnungslose und von
156 Wohnungsverlust bedrohte Menschen zu unterstützen.

157 Förderprogramme bewahren und ausbauen, entrümpeln und
158 effizienter gestalten

159 In der letzten Legislatur hat die Ampel-Regierung zahlreiche Förderprogramme auf
160 den Weg gebracht, zum Beispiel das Programm "Jung kauft Alt", das junge Familien
161 beim Erwerb eines sanierungsbedürftigen Bestandsgebäude fördert. In der
162 Wohnraumförderung des Landes NRW gibt es ebenso einen Baustein "Jung kauft Alt".
163 Dieser muss weiter ausgebaut werden.

164 Auch bei der Neuen Wohngemeinnützigkeit werden wir uns dafür einsetzen, dass das
165 Rad nicht wieder zurückgedreht wird. Am Gemeinwohl orientierte Investor*innen
166 sollen mit dem Programm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ weiterhin einen
167 Investitionszuschuss bis zu 20 Prozent für jede neue dauerhaft günstige Wohnung
168 sowie für Modernisierungen und Ankäufe erhalten.

169 Das Bundesprogramm "Junges Wohnen" fördert aktuell Neu-, Aus-, und Umbau von
170 Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende mit 500 Millionen Euro (aus
171 den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus) und schafft bezahlbare Unterkünfte.

172 Wir fordern von der neuen Bundesregierung, dass sie diese Programme fortsetzen
173 und ausbauen.

174 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt aktiv bekämpfen

175 Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere dort, wo der Wohnraum knapper
176 wird, treffen marginalisierte Gruppen in besonderem Maße. Menschen mit
177 Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Wohnungs- oder Obdachlose oder auch
178 Menschen mit Behinderung sind überproportional von dieser Alltagsdiskriminierung
179 betroffen. Insbesondere die rassistische Diskriminierung ist laut Studien ein
180 verbreitetes Problem, bleibt aber häufig im Dunklen. Wir setzen uns daher
181 entschieden gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ein.

182 Nachhaltiges Wohnen & Bauen

183 Der Klimaschutz beim Bauen hinkt stark hinterher, so ist der Gebäudesektor für
184 35% des Endenergieverbrauchs und 30% des CO₂ Ausstoßes verantwortlich. In jedem
185 Haus steckt eine immense Menge an grauer Energie, also der Energieaufwand, der
186 über den gesamten Lebenszyklus der eingesetzten Materialien verbraucht wird.

187 Unsere Klimaziele erreichen wir nur mit ambitionierten Maßnahmen. Das
188 Gebäudeenergiegesetz (GEG) des Bundes ist dabei ein wichtiger Erfolg und darf
189 von der neuen Bundesregierung nicht rückabgewickelt werden. Das würde nicht nur
190 zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung führen, sondern es würde auch einen
191 entscheidenden Hebel für das klimaneutrale Bauen und Wohnen außer Gefecht
192 setzen. Ein weiterer wichtiger Hebel für mehr Nachhaltigkeit ist energetisches
193 Sanieren. Dafür fordern wir eine schnellere Modernisierungsoffensive bei
194 Bestandsimmobilien. Der Ansatz des seriellen Sanierens bietet eine große Chance,
195 schneller und effizienter voranzukommen. Denn nur mit flächendeckender

196 energetischer Sanierung unserer bestehenden Wohngebäude können wir endlich
197 unsere Klimaschutzziele erreichen.

198 Wir möchten das Potenzial von ungenutzten Bürogebäuden und leerstehenden
199 Immobilien, die für andere Nutzungen vorgesehen waren, heben. Deren Umnutzung
200 kann günstiger sein als neu zu bauen und ist in den meisten Fällen nachhaltiger.
201 So schaffen wir eine Umbaukultur, die Ressourcen und Flächen spart. Uns ist
202 klar, dass wir auch neue Flächen in Anspruch nehmen müssen, wollen diese aber
203 auf das Mindeste begrenzen und setzen zuvorderst auf Flächenrecycling und
204 Innenverdichtung. Bei neuen Flächen wollen wir so effizient und flächenschonend
205 wie möglich bauen. Die Umnutzung dieser Flächen zu Wohnraum wollen wir
206 voranbringen und einfacher machen. Klar ist aber auch: Unversiegelte Fläche darf
207 kein Spekulationsobjekt werden.

208 Unser Plan für nachhaltiges Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 209 • Nachverdichtung nach sozialen und ökologischen Standards, beispielsweise
210 durch Bereitstellung von Baulücken und Brachflächen im allgemeinen
211 Siedlungsbereich, aber auch durch Aufstockung von Gebäuden
- 212 • unbürokratische Umnutzung leerstehender Büro- und Gewerbeflächen
- 213 • Ausbau von Bestandsbauten
- 214 • kommunale Wärmewende und- planung für klimaschonende Wärmeversorgung
- 215 • energetisches und serielles Sanieren

216 Pragmatische Ideen und Innovationen weiterentwickeln

217 Für klimaneutrales Bauen in der Zukunft spielen Innovation und neue Technologien
218 eine entscheidende Rolle. Wir befürworten die Entwicklung und den Einsatz von
219 Materialien oder Konstruktionsmethoden, wie beispielsweise der konstruktiven
220 Effizienz, die den klimaschädlichen Ausstoß minimieren. Nachhaltige Rohstoffe
221 wie zum Beispiel Rezyklate sollten vermehrt zum Einsatz kommen. Im
222 Förderprogramm "Innovation im Bau" des Landes NRW, das die schwarz-grüne
223 Landesregierung mit 4,5 Millionen Euro hinterlegt hat, wird die Entwicklung und
224 der Einsatz von nachhaltigen Baustoffen unterstützt.

225 Die schwarz-grüne Regierung zeigt, dass Pragmatismus an der richtigen Stelle
226 hilft: Mit der Änderung der Landesbauordnung NRW wurden Abweichungen von der
227 Bauordnung für neue Bau- und Wohnkonzepte ermöglicht.

228 Klimaschutz im Bau und niedrigere Baukosten

229 Hohe Effizienzstandards für den Neubau von Wohnungen gewährleisten, dass wir
230 unsere Klimaschutzziele im Gebäudebereich erreichen können. Gleichzeitig
231 verursachen sie auch teilweise höhere Baukosten. Die Folge: Es wird weniger
232 gebaut. Wir wollen daher pragmatisch prüfen, wie wir den Anspruch an eine hohe
233 Energieeffizienz mit niedrigeren Baukosten für den klimagerechten Wohnungsbau
234 vereinen können. Wir wollen energiesparende Effizienzvorgaben mit einem erhöhten
235 Einsatz von ökologisch nachhaltigen bzw. recycelten Materialien kombinieren, um
236 einen geringeren CO2 Ausstoß effektiver zu gewährleisten. Nachhaltigkeit im

237 Gebäudesektor bedeutet für uns einen ganzheitlichen bzw. lebenszyklischen
238 Ansatz, der die Emissionen der eingesetzten Materialien, die Energieeffizienz
239 sowie die Wiederverwertbarkeit nach Abbruch betrachtet. Lebenszyklusanalysen
240 stellen dar, wie von Bau, Betrieb bis zum Abriss Ressourcen benötigt werden.
241 Damit lässt sich der Fußabdruck eines Bauprojekts zwischen Umbau von Bestand
242 oder Abriss und Neubau fundiert betrachten. Gebäuderessourcenpässe sollten daher
243 zunächst im Neubau und langfristig für alle Gebäude erstellt werden. Ziel muss
244 das kreislaufgerechte Bauen sein.

245 Baustoffe wiederverwerten

246 Unsere Häuser sind wahre Rohstofflager, die viel zu oft einfach weggeschmissen
247 werden. Recycelte Baustoffe dürfen nicht mehr als Abfall, sondern als Wertstoffe
248 gesehen werden. Das schont die Umwelt und senkt die Baukosten. Wir fordern, dass
249 der Einsatz von recycelten Baumaterialien deutlich vereinfacht, finanziell
250 gefördert und bei Vergaberichtlinien gefordert werden soll.

251 Die Bauwende braucht das Handwerk als zentrale Kraft für klimafreundliches und
252 ressourcenschonendes Bauen. Damit der Einsatz von recycelten Baustoffen gelingt,
253 müssen Handwerksbetriebe gezielt unterstützt werden durch praxisnahe
254 Weiterbildung und modernes Know-how, das auch in der Ausbildung der Bauberufe
255 verankert ist. Denn nachhaltiges Bauen wird zunehmend zum Qualitätsmerkmal und
256 Wettbewerbsvorteil. Statt einer Wegwerfarchitektur muss bereits beim Neubau bei
257 der Planung darauf geachtet werden, was sich später wiederverwenden lässt.
258 Genehmigungsverfahren für alle Bauvorhaben sollen so angepasst werden, dass der
259 Einsatz von recycelten Baustoffen erleichtert wird. Der Handel mit recycelten
260 Materialien ist der Markt der Zukunft in der Baubranche.

261 Leben im Quartier - Wir-Gefühl stärken

262 Zuhause ist mehr als vier Wände. Es ist auch der Zusammenhalt vor Ort. Das nette
263 Gespräch über den Gartenzaun, die gemeinsame Sportgruppe im Grünen, das neue
264 Café um die Ecke. Überall dort, wo sich Menschen begegnen, entsteht ein Wir-
265 Gefühl. Hier fühlen sich Menschen sicher und zuversichtlich. Wir möchten
266 Begegnungsräume schaffen und erhalten, damit Nachbarschaften Orte sind, wo
267 Menschen in Vielfalt zusammenleben.

268 Im ländlichen Raum geht es oft darum, Leerstand sinnvoll zu nutzen und die
269 Attraktivität von Wohnorten zu steigern. Deshalb wollen wir gezielt in Ortskerne
270 investieren, Wohnprojekte mit sozialen Begegnungsräumen fördern und kleine
271 Kommunen dabei unterstützen, eine lebendige Infrastruktur aufrechtzuerhalten. So
272 können wir junge Familien in den Orten halten und den ländlichen Raum auch für
273 Städter*innen attraktiver machen.

274 Zuhause ist auch direkt vor der Tür Platz für Freizeit und Erholung zu haben.
275 Wir möchten lebenswerte Quartiere für alle Generationen, in denen man im Sommer
276 die Hitze gut aushalten kann, weil die Fassaden begrünt sind, es Bäume gibt, die
277 Schatten spenden und Wasserläufe, die abkühlen. Dort, wo es dafür Platz braucht,
278 fördern wir die Umverteilung des öffentlichen Raums. Wir investieren in unsere
279 Zukunft und machen unsere Nachbarschaften klimaresilient. Neben Begrünung und
280 Entsiegelung gehört dazu auch eine lokale Energieversorgung z.B. mit
281 Solaranlagen auf Dächern und Balkonen.

282 Unser Punkteplan für Leben im Quartier und Nachbarschaftsgestaltung in den
283 Kommunen:

- 284 • Förderung von Begegnungsräumen wie Jugendtreffpunkte, Nachbarschaftsheime,
285 Bürgervereine
- 286 • Förderung von Nachbarschaftsprojekten und nachhaltigen und inklusiven
287 Initiativen
- 288 • Hitze- und Lärmaktionspläne
- 289 • Förderung grüner Vorgärten sowie von Dach- und Fassadengrün
- 290 • Quartiersgestaltung mit Bürgerbeteiligung
- 291 • Dezentralisierung von Energieversorgung

292 Gemeinsam statt einsam

293 Wo immer mehr Menschen alleine leben, sind auch immer mehr Menschen einsam.
294 Einsamkeit macht Menschen krank. Eine gute Nachbarschaft, in der Menschen
295 Angebote haben, um zusammenzukommen, kann dem vorbeugen. Die schwarz-grüne
296 Landesregierung hat deshalb den Aktionsplan gegen Einsamkeit verabschiedet und
297 unterstützt lokale Projekte gegen Einsamkeit.

298 Strukturen im Bund nicht rückabwickeln

299 Wir erwarten, dass der Bund die Städtebauförderung als bewährtes Instrument für
300 die Kommunen erhält und fordern eine Ausweitung. Das schafft Planungssicherheit
301 für die ohnehin stark belasteten Kommunen in NRW. 50% der Mittel fließen dabei
302 in den ländlichen Raum.

303 Des weiteren fordern wir eine Neuauflage des Innenstadtprogramms "Zukunftsfähige
304 Innenstädte und Zentren", damit Stadtkerne ein Aufenthaltsort von Lebensqualität
305 bleiben und den Anpassungsdruck zu managen können. Dazu gehört auch die
306 Gestaltung von öffentlichen Grünanlagen, Parks, Wasser- und Spielflächen, denn
307 diese ist wichtig für die Klimaanpassung und macht die Zentren attraktiver.